

# Mit freundlichen Empfehlungen

**Stellenbesetzung.** Angesichts der überaus guten Arbeitsmarktlage wird es für Unternehmen zunehmend schwer, freie Stellen möglichst schnell und passgenau zu besetzen. Umso wichtiger ist es, bei der Bewerbersuche die richtige Strategie anzuwenden. Die besten Resultate verspricht eine Kombination verschiedener Suchwege.

Mit 43,4 Millionen war die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland Ende 2015 so hoch wie nie zuvor. Inzwischen sind hierzulande 78 Prozent aller 20- bis 64-Jährigen erwerbstätig – das ist nach Schweden die zweithöchste Quote in ganz Europa. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit weiter auf dem Rückzug, saisonbereinigt waren im Februar 2016

rund 10.000 Menschen weniger auf Jobsuche als im Vormonat; die Arbeitslosenquote betrug lediglich noch 6,6 Prozent.

Diese positive Entwicklung hat für die Unternehmen jedoch die unerfreuliche Folge, dass für die Besetzung freier Stellen immer weniger Kandidaten zur Verfügung stehen. Das verlängert die Suche merklich:

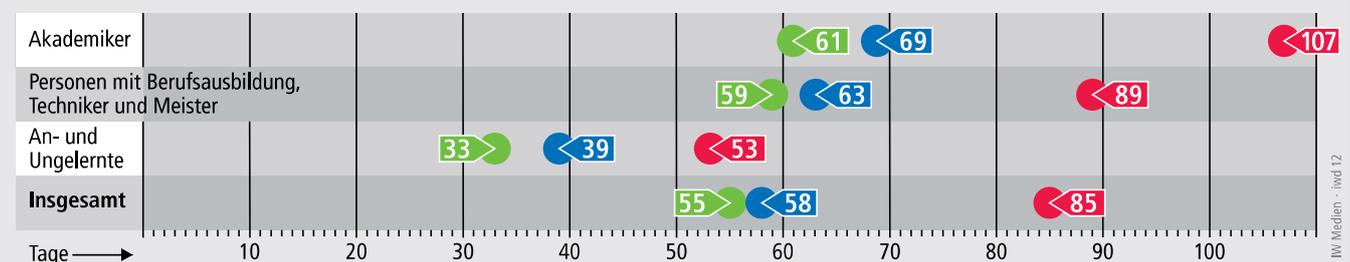
**Im Jahr 2010 benötigten Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt 70 Tage, um einen Arbeitsplatz neu zu besetzen – 2015 waren es bereits 85 Tage.**

Dies ist so lange kein allzu großes Problem, wie die Unternehmen sich beizeiten auf die Bewerbersuche einstellen können – zum Beispiel, wenn sie frühzeitig wissen, dass ein neuer Auftrag mit entsprechendem Personalbedarf ins Haus kommt oder dass ein altgedienter Mitarbeiter demnächst in Rente geht. Allerdings sind eben nicht alle Vakanzen langfristig absehbar. →

## Neueinstellungen: Meist dauert's länger

So viele Tage dauerte es in deutschen Unternehmen 2015 im Schnitt vom Beginn der Suche nach einem neuen Mitarbeiter ...

■ ... bis zur Entscheidung für einen Bewerber ■ ... bis zum geplanten Arbeitsbeginn ■ ... bis zum tatsächlichen Arbeitsbeginn



## Inhalt

**Autoindustrie.** Seit 2005 wurden in der Branche 50.000 Arbeitsplätze geschaffen. Zuwächse gab es sowohl bei den Autokonzernen selbst als auch bei den Teileherstellern.  
Seite 3

**Ungleichheit.** Das Einkommensgefälle in Deutschland blieb zuletzt nahezu konstant. Und der Anteil jener, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, ist in allen Schichten gesunken.  
Seite 4-5

**Divestment.** Eine Reihe von Unternehmen, Stiftungen und Kirchen zieht ihr Geld aus fossilen Energien und Techniken ab – nicht nur aus ethischen und ökologischen Gründen.  
Seite 6-7

**Verbraucherpreise.** Die derzeit sehr niedrige Inflationsrate kann schnell steigen, wenn Öl und Gas wieder teurer werden.  
Seite 8

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln**  
Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Die Firmen haben auf die veränderte Arbeitsmarktlage reagiert und kalkulieren eine längere Zeitspanne vom Beginn der Personalsuche bis zum geplanten Eintrittstermin ein. Lag diese Zeitspanne 2010 noch bei 48 Tagen, waren es im vergangenen Jahr 58 Tage.

Dennoch liegen Wunsch und Wirklichkeit bei der Personalsuche oft weit auseinander (Grafik Seite 1):

**Im Jahr 2015 dauerte es im Schnitt 27 Tage länger als geplant, bis Betriebe eine Stelle besetzen konnten.**

Dabei ist die Suche in der Regel umso langwieriger, je höher die geforderte Qualifikation ist. Bis ein neuer beruflich ausgebildeter Mitarbeiter gefunden war und seine Arbeit aufnehmen konnte, dauerte es im vergangenen Jahr durchschnittlich 89 Tage. Allerdings ist das Gefälle

sehr stark – je nachdem, wie groß der Fachkräftemangel im betreffenden Beruf ist. So waren neue Personalentwickler nach 50 Tagen im Betrieb, Programmierungsspezialisten dagegen erst nach rund 180 Tagen.

Akademiker für ein Unternehmen zu gewinnen, dauerte 2015 im Schnitt sogar mehr als 100 Tage – allein zwischen dem geplanten und dem tatsächlichen Arbeitsbeginn vergingen fast 40 Tage. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Fachgebieten groß: Während Dolmetscher nach 44 Tagen einsatzfähig waren, betrug die Zeitspanne bei Apothekern und IT-Beratern im Mittel deutlich mehr als 150 Tage.

Um diese Vakanzzeiten zu verkürzen, kommt es für die Unternehmen entscheidend auf eine gut geplante Suche an. Erfahrungsgemäß sind

manche Wege der Personalsuche erfolgreicher als andere (Grafik):

**Von je 100 neu eingestellten Mitarbeitern haben die Unternehmen im vergangenen Jahr 29 über Empfehlungen eigener Beschäftigter oder persönliche Kontakte gefunden.**

Berücksichtigt man, dass dieser Suchweg nur in jedem zweiten Fall genutzt wurde, liegt die Erfolgsquote sogar bei 59 Prozent – höher als bei allen anderen Arten der Personalsuche. Auffällig ist, dass kleine Betriebe fast doppelt so oft auf persönliche Netzwerke zur Mitarbeitergewinnung setzen wie große Firmen.

Ähnlich erfolgsträchtig ist nur noch der Weg, freie Stellen im Unternehmen mit Praktikanten, Auszubildenden oder Zeitarbeitern zu besetzen. Der Vorteil für den Betrieb liegt auf der Hand – schließlich sind die Kompetenzen und Potenziale dieser Personen bereits bekannt. Dennoch wurden 2015 nur 3 Prozent aller Stellen auf diesem Weg besetzt, weil die Zielgruppe relativ klein ist.

Eine Nebenrolle spielen dagegen bislang die sozialen Netzwerke – nur 1 Prozent aller Neueinstellungen erfolgte im vergangenen Jahr mithilfe von Facebook, Xing und Co.

Die Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen auch, dass Firmen oft mehrere Suchwege parallel nutzen. Eine durchdachte Verknüpfung zum Beispiel von persönlichen Kontakten, Inseraten und Jobbörsen im Internet erweist sich denn auch als besonders geeignet, um schnell den bestmöglichen Kandidaten zu finden.

Kleine Unternehmen, die in Sachen Internetauftritt und Aufbau eines Bewerberpools oft noch nicht so weit vorangeschritten sind, finden Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Personalsuche unter: [kofa.de](http://kofa.de)

## Wie Unternehmen neue Mitarbeiter finden

Bei so viel Prozent der Neueinstellungen im Jahr 2015 ...	... wurden diese Suchwege genutzt	... wurde der neue Mitarbeiter auf diesem Weg gefunden	Erfolgsquote in Prozent – Relation aus Nutzung und Erfolg eines Suchwegs
Über eigene Mitarbeiter, persönliche Kontakte	50	29	59
Übernahme von Azubis, Praktikanten, Zeitarbeitern	6	3	56
Stellenanzeige in Zeitungen oder Zeitschriften	35	14	39
Private Arbeitsvermittlung	10	3	33
Bewerberpool oder Initiativbewerbungen	30	10	32
Internet-Jobbörsen (ohne Bundesagentur für Arbeit, BA)	41	12	30
Kontakt zur BA, BA-Internet, Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der BA	49	14	28
Unternehmens-Homepage	52	11	22
Interne Stellenausschreibung	23	2	9
Soziale Netzwerke	15	1	8

Genutzte Suchwege: Mehrfachnennungen; Mitarbeiter auf diesem Weg gefunden; Rest zu 100 sind sonstige Suchwege; Erfolgsquote der Übernahme von Azubis etc.: eingeschränkte Aussagekraft der Daten aufgrund geringer Fallzahlen; Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

# Die bitteren Jahre sind vorbei

**Autoindustrie.** Die Beschäftigungsentwicklung in der Automobilindustrie kann sich sehen lassen: Seit dem Jahr 2005 wurden in der Branche 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit erweist sich der krisenbedingte Rückgang in den Jahren 2009/2010 als kurze Episode.

Die Automobilbranche ist einer der größten deutschen Industriezweige. Sie beschäftigte im vergangenen Jahr in 949 Betrieben 800.000 Mitarbeiter – die meisten davon, 460.000, stellen in 91 Betrieben Kraftwagen oder Motoren her. Rund 300.000 Beschäftigte arbeiten bei den 681 Zulieferern, und 33.000 Menschen produzieren in 177 Betrieben Karosserien, Aufbauten und Anhänger.

Insgesamt gibt die deutsche Industrie 5,4 Millionen Menschen Arbeit, das heißt, die Autohersteller plus Zulieferer zeichnen in Deutschland für jeden siebten Industriejob verantwortlich.

Die Beschäftigungsentwicklung in der Automobilindustrie spiegelt letztlich den Strukturwandel der Branche wider. Denn die Automobilhersteller haben vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in stärkerem Maße Zulieferungen von externen Anbietern bezogen – also outgesourct (Grafik):

**Die Teilehersteller haben ihr Personal im Zeitraum von 1995 bis 2004 um mehr als 30 Prozent aufgestockt, die Automobilproduzenten weiteten ihr Stellenangebot dagegen nur um 11 Prozent aus.**

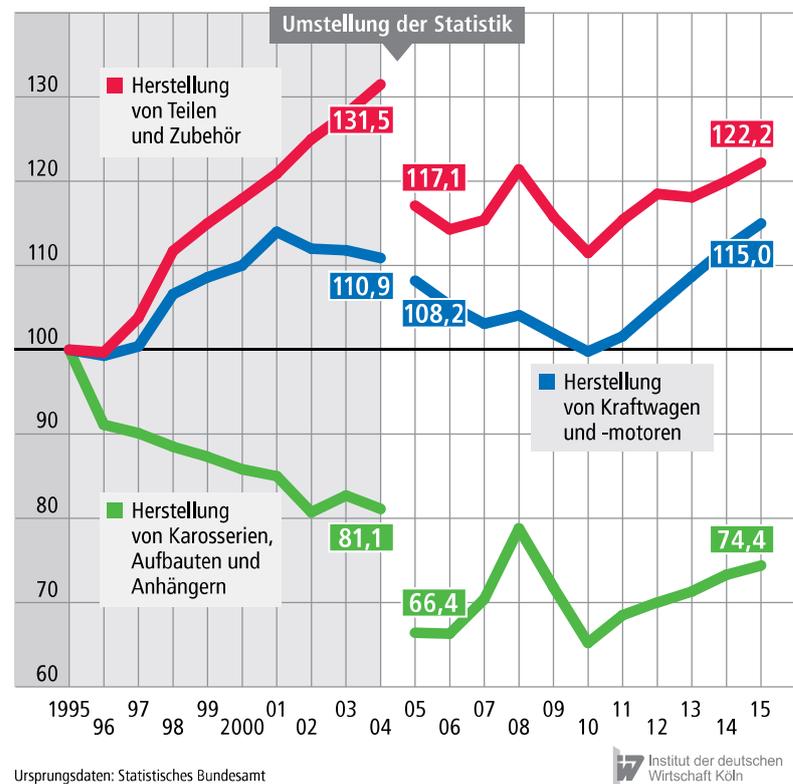
Die Hersteller von Anhängern mussten sogar Personal abbauen.

## Die Automobilindustrie in der Statistik

Für die Jahre ab 2005 wird die Beschäftigung in der Automobilindustrie anders erfasst als vorher: Erstens werden in der Industriestatistik nur noch Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten gezählt, zuvor waren es Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten. Zweitens sind im Rahmen einer neuen Wirtschaftszweigklassifikation Branchen neu hinzugekommen, zum Beispiel die Sitzhersteller, die zuvor der Möbelindustrie zugeordnet waren. Drittens fielen dafür andere Zweige weg, darunter die Herstellung von Muldenkippern, die zum Maschinenbau wechselte. Viertens gab es Umgruppierungen innerhalb des Automobilbaus. So ist der Zusammen- und Einbau von Baugruppen nunmehr bei den Teileherstellern eingeordnet und nicht mehr bei den Kraftwagenherstellern.

### Mehr Jobs in der Automobilindustrie

Beschäftigte in der deutschen Automobilindustrie, 1995 = 100



Seit 2005 hat sich die Entwicklung jedoch geändert, auch wenn der langfristige Vergleich durch eine Umstellung der Statistik erschwert wird (Kasten). Von 2005 bis 2015 legten die Automobilhersteller bei der Beschäftigung um 6 Prozent zu, die Teilehersteller um 4 Prozent. Die Beschäftigungsentwicklung verlief also nahezu parallel. Insofern erge-

ben sich vonseiten der Beschäftigung keine Hinweise auf eine in den vergangenen Jahren verstärkt eingesetzte Auslagerung von Produktionsschritten.

Auch wenn die große Outsourcing-Welle inzwischen Geschichte ist, so betrug der Vorleistungsanteil zuletzt immerhin 78 Prozent. Im Jahr 1995 waren es erst 64 Prozent.

# Auch Sorgen haben Konjunktur

**Ungleichheit.** Eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bremst das Wirtschaftswachstum, warnen Internationaler Währungsfonds, OECD und jetzt auch DIW-Präsident Fratzscher, der Deutschland zudem attestiert, ein besonders ungleiches Land zu sein. Tatsächlich aber sind die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik deutlich geringer als in vielen anderen Industrieländern.

Wachstumseinbußen von 160 Milliarden Euro in den Jahren 1990 bis 2010, das macht für eine vierköpfige Familie ein Minus von 8.000 Euro. Mit diesen Horrorzahlen schaffte es Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, in der vergangenen Woche in die „Spiegel“-Titelgeschichte „Die geteilte Nation“.

Fratzscher stützt sich dabei auf ein Ergebnis der OECD, nach dem Deutschland nach der Wiedervereinigung ein um fast 6 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum hätte erreichen können – wenn die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergegangen wäre.

In der ökonomischen Theorie geht grundsätzlich beides: Ungleichheit kann das Wachstum sowohl bremsen als auch fördern – welcher

Effekt eintritt, hängt vor allem davon ab, wie weit eine Volkswirtschaft entwickelt ist.

**In weniger entwickelten Ländern** führt Ungleichheit oft dazu, dass die Wachstumsdynamik gebremst wird. Denn in solchen Gesellschaften haben Einkommensschwache oft nur beschränkt Zugang zu Bildung, und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich führt zu sozialen Unruhen und politischen Instabilitäten.

**In modernen Industrieländern** dagegen kann Ungleichheit das Wachstum sogar fördern. Denn wenn sich Leistung lohnt, dann schafft das Anreize für Unternehmertum und Innovationen.

Gemessen wird die Ungleichheit der Einkommen mit dem Gini-Koeffizienten, der zwischen null und eins liegen kann. Null bedeutet, dass

alle gleich viel verdienen; eins bedeutet, dass das gesamte Einkommen einer einzigen Person zufällt.

**In Deutschland liegt der Gini-Koeffizient aktuell bei rund 0,29 – und damit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,32.**

Wie plausibel ist dann der Vorwurf, Deutschland habe das gesunde, sprich motivierende Maß an Ungleichheit überschritten und Bremse so sein Wachstum? Wenig plausibel, wie auch der Vergleich der Ungleichheits- und Wachstumsdaten im Zeitablauf zeigt:

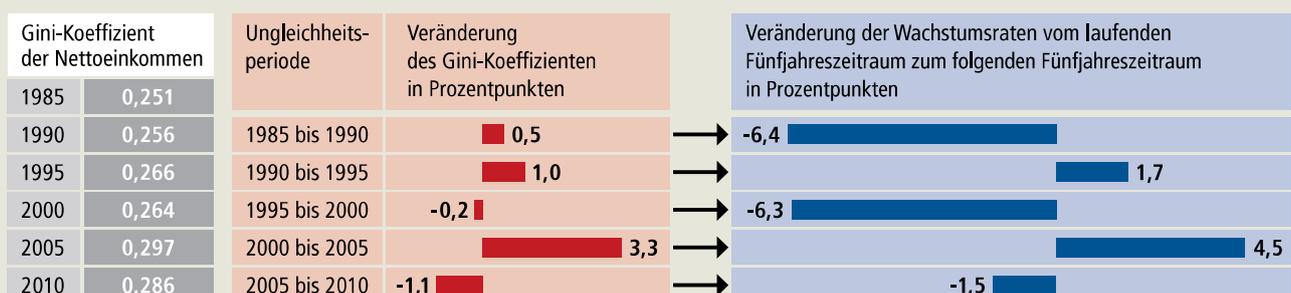
**Der Anstieg der Ungleichheit in Deutschland** vollzog sich nahezu ausschließlich im Zeitraum 2000 bis 2005. Damals erreichte die Arbeitslosigkeit mit mehr als fünf Millionen einen neuen Höchststand.

In diesem Zeitraum gab es mit durchschnittlich 3 Prozent zwar auch das niedrigste Wirtschaftswachstum von allen Fünfjahreszeiträumen seit 1985. Da beide Phänomene aber gleichzeitig auftraten, kann das eine – der Anstieg der

## Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit der Einkommensverteilung und dem Wirtschaftswachstum wird in der Regel untersucht, indem man die Entwicklung der Ungleichheit in einem Fünfjahreszeitraum – zum Beispiel 2005 bis 2010 – mit der Veränderung des Wirtschaftswachstums 2005 bis

2010 gegenüber 2010 bis 2015 vergleicht. Die Ergebnisse für den gesamten Untersuchungszeitraum 1985 bis 2015 zeigen: Wenn es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum gibt, dann diesen: Eine steigende Ungleichheit geht mit mehr Wirtschaftswachstum einher.



Gini-Koeffizient: Bei einer Gleichverteilung der Einkommen nimmt der Gini-Koeffizient den Wert null an, bei größtmöglicher Ungleichverteilung den Wert eins; Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: in konstanten Preisen; Ursprungsdaten: OECD

Ungleichheit – nicht die Ursache für das andere – das niedrige Wirtschaftswachstum – gewesen sein.

Die Zahlen lassen eher das Gegenteil vermuten – dass nämlich eine steigende Ungleichheit mit mehr Wachstum einhergeht, nicht mit weniger. Dafür spricht zumindest die Tatsache, dass auf die Fünfjahresperiode mit dem größten Anstieg der Ungleichheit (3,3 Prozentpunkte) in den fünf Jahren danach ein Anstieg der Wachstumsraten um 4,5 Prozentpunkte folgte (Grafik Seite 4).

Und so gut sich die Schlagzeilen von der „Zweiklassengesellschaft“ oder der „Abstiegsangst der Mittelschicht“ auch verkaufen – die Bundesbürger selbst scheinen das Ganze wesentlich entspannter zu sehen.

Aus den repräsentativen Befragungen, die das DIW im Rahmen seines Sozio-oekonomischen Panels seit vielen Jahren durchführt, ergibt sich jedenfalls ein eindeutiges Stimmungsbild (Grafik):

**In vier von fünf Einkommensschichten ist der Anteil jener, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen, seit 2010 fast Jahr für Jahr gesunken – nur bei den ganz Reichen setzte dieser Trend erst ein Jahr später ein.**

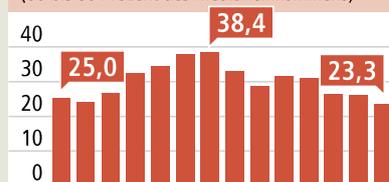
Dass Deutschland – bei allem, was es noch zu verbessern gilt – im Großen und Ganzen auf dem richtigen Weg ist und die Soziale Marktwirtschaft ihren Namen sehr wohl noch verdient, zeigt vor allem der Stimmungswandel in zwei besonders sensiblen Schichten:

**In der Mittelschicht** im engeren Sinne, definiert als jene Bundesbürger, die zwischen 80 und 150 Prozent

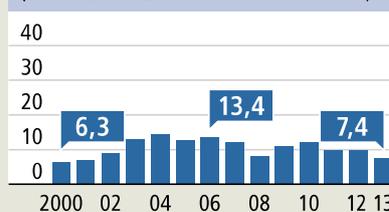
## Weniger Sorgen in allen Schichten

So viel Prozent der Menschen ab 17 Jahren in der jeweiligen Einkommenschicht machten sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation

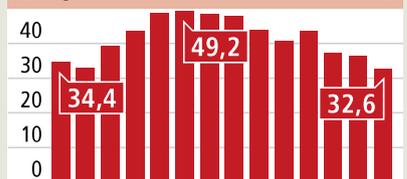
### Untere Mitte (60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens)



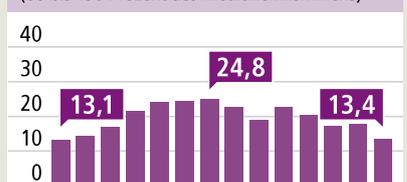
### Obere Mitte (150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens)



### Relativ Arme (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens)



### Mitte im engeren Sinne (80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens)



### Reiche (mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens)



Die Abgrenzung der Einkommensschichten basiert jeweils auf den bedarfsgewichteten Nettoeinkommen des Vorjahres; Medianeinkommen: 50 Prozent der Bundesbürger verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iw-d 12

des Medianeinkommens verdienen, haben sich im Jahr 2006 noch nahezu 25 Prozent der mindestens 17-Jährigen große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation gemacht. Inzwischen – bei der letzten Umfrage im Jahr 2013 – sind es lediglich noch 13 Prozent. Das ist der beste Wert seit der Jahrtausendwende.

**Bei den Armutsgefährdeten**, das sind jene Menschen, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, ist der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen machen, von knapp 50 Prozent im Jahr 2005 auf mittlerweile 33 Prozent gesunken. Und das, obwohl sich in diesem Zeitraum die Ungleichheit und die Armutsgefährdungsquote praktisch nicht verändert haben.

Die Bundesbürger machen sich aber nicht nur weniger Sorgen um ihre persönliche Situation, auch Deutschland als Ganzes steht in ihren Augen heute besser da als vor zehn Jahren. Damals hatte noch über die Hälfte der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation Deutschlands gehadert, inzwischen ist es weniger als ein Fünftel. Das ist das beste Stimmungsbild seit der Wiedervereinigung.

Die Verunsicherung der Gesellschaft hat also weniger mit der Einkommensungleichheit zu tun, sondern hängt mehr mit der Konjunktur zusammen. Die derzeit gute Stimmung ist demnach Spiegelbild der sinkenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Reallöhne.

# Sauberes Portfolio

**Divestment.** Wenn Unternehmen, Stiftungen und Kirchen ihr Geld aus fossilen Energien und Techniken abziehen, hat das nicht nur ethische und ökologische Gründe. Auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind Investments in Kohle, Öl und Gas inzwischen heikel.

Leonardo DiCaprio tut es, die Stadt Münster tut es und sogar einer der größten Versicherer der Welt, die Allianz, ist dabei: Sie alle haben sich dem Divestment verpflichtet.

Die Divestment-Bewegung, im Jahr 2012 von US-Umweltschutzorganisationen ins Leben gerufen, fordert dazu auf, dem Abbau von Kohle, Gas und Öl die finanzielle Grundlage zu entziehen. Der Kapitalabzug soll dazu beitragen, die globale Erwärmung zu bremsen.

Die Allianz steigt zunächst einmal nur aus der Kohle aus: Im November 2015 kündigte der Konzern an, sich aus der Finanzierung kohlebasierter Geschäftsmodelle zurückzuziehen. Konkret gemeint sind damit Unternehmen des Bergbaus, die mehr als

30 Prozent ihrer Einnahmen mit Kraftwerkskohle erwirtschaften, sowie Stromproduzenten, die 30 Prozent und mehr ihrer Energie mittels Kohle erzeugen.

Laut Branchenkennern beläuft sich das davon betroffene Anlagevolumen der Allianz auf 4 Milliarden Euro und ist vor allem in Anleihen investiert. Diese werden bis zur Fälligkeit gehalten, während Aktien bis Ende März 2016 abgestoßen werden sollen.

Oscar-Preisträger DiCaprio geht mit seiner Divestment-Strategie noch einen Schritt weiter: Der UN-Friedensbotschafter legt weder sein privates noch sein Stiftungsgeld in fossilen Energieträgern an – er schließt also nicht nur Investments

in Kohle aus, sondern auch jene in Öl und Gas.

Noch konsequenter betreibt Münster seine Divestment-Strategie. Als erste deutsche Kommune will die 300.000 Einwohner zählende Stadt ab dem 1. April 2016 keine Investitionen mehr in Unternehmen halten, die „Atomenergie erzeugen oder auf nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen“. Ausgeschlossen sind auch Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen, die Militärwaffen herstellen oder vertreiben, sowie Firmen, die Fracking betreiben. Von den Standards sind zwei Fonds betroffen, in die die Stadt Münster insgesamt 62 Millionen Euro investiert hat.

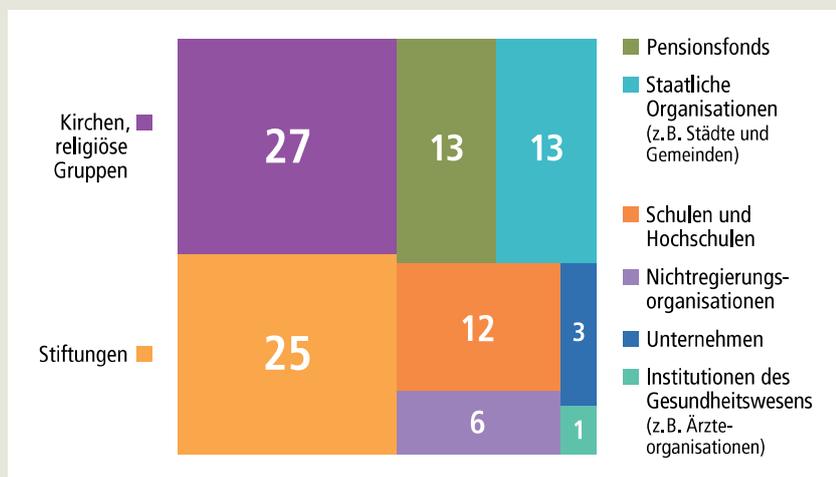
**Weltweit haben sich laut dem Netzwerk Fossil Free mittlerweile rund 500 Institutionen öffentlich dazu bekannt, ihr Kapital aus Kohle oder anderen fossilen Energien abzuziehen.**

Ein Viertel der Organisationen, die konkrete Zusagen in diese Richtung gemacht haben, sind Stiftungen (Grafik) – darunter die Rockefeller Stiftung mit einem Vermögen von 860 Millionen Dollar, das sie nicht zuletzt den Ölförderungsaktivitäten der Stiftungsgründer verdankt. Doch mit Öl möchte man heute nichts mehr zu tun haben. Stephen Heintz, Präsident der Rockefeller Stiftung, die mehr als 40 Prozent ihrer Mittel für die Rettung des Klimas einsetzt, hofft sogar darauf, „das Ende des Ölzeitalters zu beschleunigen“.

Ähnlich ist es mit Norwegens staatlichem Pensionsfonds. In den zweitgrößten Pensionsfonds der Welt fließt der Großteil der staatlichen

## Kein Geld für Kohle

So viel Prozent der weltweit 506 Institutionen, die sich bislang zu einem Investitionsrückzug aus fossilen Energien – dem sogenannten Divestment – entschlossen haben, sind ...



Stand: Mitte März 2016  
Quelle: Fossil Free

Öleinnahmen – mit einem Kapitalstock von umgerechnet ungefähr 820 Milliarden Euro gehörte er zu den Top-Ten-Investoren in der globalen Kohleindustrie. Doch seit verganginem Sommer verkauft der Staatsfonds Anteile von Unternehmen, die mehr als 30 Prozent ihrer Erlöse oder ihrer Produktion aus Kohle generieren.

Der Verzicht auf fossile Investments setzt sicherlich ein starkes Statement mit Signalwirkung – aber hilft er auch dem Klima? Kurzfristig wohl kaum, denn der Treibhausgasausstoß reduziert sich ja nicht, bloß weil Wertpapiere von Kohle- oder Ölfirmen den Besitzer wechseln. Die Entwicklung der Treibhausgase ist weiterhin nachfrageabhängig: Fossile Energieträger werden für die Befriedigung des weltweiten Energiehunger wahrscheinlich noch einige Jahrzehnte lang eine große Rolle spielen – vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern.

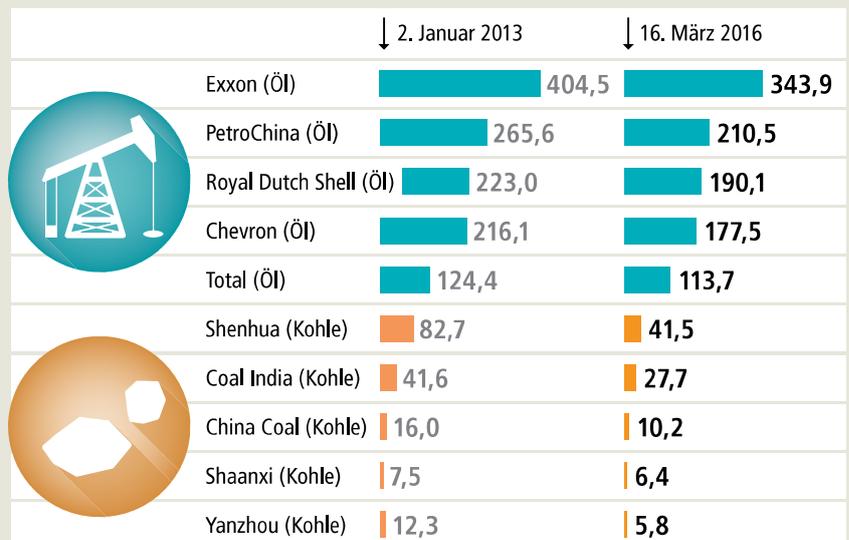
Neben Klimaschutzaspekten gibt es aber auch noch einen weiteren Grund für den Ausstieg aus fossilen Investments – nämlich wirtschaftliche Aspekte: Der Preis für Kohle ist in den vergangenen vier Jahren um mehr als die Hälfte gesunken. Auch Öl ist so billig wie lange nicht mehr (vgl. iwD 11/2016). Der Preisverfall der Rohstoffe zieht auch die Aktienkurse der Öl- und Kohlekonzerne nach unten (Grafik):

**In den vergangenen drei Jahren ist der Börsenwert vieler großer Öl- und Kohlekonzerne beträchtlich gefallen, zum Teil hat er sich sogar halbiert.**

Noch düsterer dürften die Aussichten für die Förderer fossiler

## Öl- und Kohlekonzerne verlieren an Wert

Börsenwerte zehn großer Öl- und Kohlekonzerne in Milliarden Dollar



Shaanxi: Der Börsenwert von 7,5 Milliarden Dollar bezieht sich auf den Januar 2014, den Monat, in dem Shaanxi an die Börse gegangen ist; Quelle: Bloomberg

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - Iwd 12

Energien werden, wenn die Staatengemeinschaft tatsächlich Ernst macht mit jenen Klimazielen, die Ende 2015 auf dem Pariser Gipfel vereinbart worden sind.

Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen, muss nämlich der größte Teil der Öl-, Gas- und Kohlereserven im Boden bleiben – Umweltexperten gehen von

80 Prozent der Vorräte aus. Damit würden die fossilen Ressourcen zu „stranded assets“, zu nutzlosen Vorräten. Auch aus Anlegerperspektive klingt das Ganze nicht besser: So manche Investoren bezeichnen solche im Preis sinkenden Rohstoffwerte im Portfolio bereits als „toxic assets“ – toxische Aktiva.

## Max-Weber-Preis: Integer Wirtschaften in Kirche und Finanzwirtschaft

Der Konflikt zwischen Gewinn und Gewissen sorgt regelmäßig für Skandale in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Fehlverhalten Einzelner kann das mühsam aufgebaute Vertrauen und die Reputation von Institutionen wie auch von Unternehmen ruinieren. Um dies zu verhindern, sind innovative Lösungen jenseits von einem Mehr an Verboten und Vorschriften gefragt.

Der Max-Weber-Preis des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln kürzt seit 1992 regelmäßig die besten wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Bereich der Wirtschafts- und Unternehmensethik zur nachhaltigen Gewinnerzielung. In diesem Jahr werden Kardinal Reinhard Marx und der Co-Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Jürgen Fitschen, als Festredner ihre Sicht zum Thema „Integer Wirtschaften – Werteorientierung in Kirche und Finanzwirtschaft“ erläutern.

Die zwölfte Verleihung des Max-Weber-Preises findet am 14. April 2016 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften statt. Weitere Informationen und das Anmeldeformular gibt es unter:

[iwkoeln.de/max-weber-preis-2016](http://iwkoeln.de/max-weber-preis-2016)

# Und sie steigen doch

**Verbraucherpreise.** Die Inflationsrate in Deutschland ist im Februar auf null gefallen – vor allem, weil die Energiepreise erneut rückläufig waren. Öl, Benzin und Gas können aber schnell auch wieder teurer werden. Bei vielen Gütern zeigt der Preistrend ohnehin nach oben.

Die Europäische Zentralbank hat kürzlich den Leitzins in der Eurozone auf null gesenkt – unter anderem auch, um die Preissteigerungsrate wieder näher an den Zielwert von 2 Prozent zu bringen. Zuletzt bewegte sich die Inflation im Euroraum um die Nulllinie herum; im Februar 2016 sanken die Verbraucherpreise sogar um 0,2 Prozent.

Doch das sind eben nur Durchschnittswerte. Ein näherer Blick auf die Entwicklung in Deutschland zum Beispiel zeigt, dass für die aktuell gemessene Null-Inflation vor allem der Einfluss der Energiepreise verantwortlich ist (Grafik):

## Adressaufkleber

### Energiepreise bremsen Inflation

Veränderung der Verbraucherpreise in Prozent

	Anteil am Verbraucherpreisindex 2015 in Prozent	2015 gegenüber 2014	Februar 2016 gegenüber Februar 2015
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8	2,8	2,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,5	2,6	2,1
Gesundheitspflege	4,4	2,0	1,7
Bildungswesen	0,9	-0,3	1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	1,0	1,4
Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	5,0	0,7	1,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	0,7	0,7
Bekleidung und Schuhe	4,5	0,8	0,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	0,6	-0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	31,7	-0,4	-0,8
Nachrichtenübermittlung	3,0	-1,2	-1,1
Verkehr	13,5	-1,7	-1,7
<b>Insgesamt</b>		<b>0,3</b>	<b>0,0</b>
<b>Insgesamt ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe)</b>	<b>89,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,9</b>
<b>Energie</b>	<b>10,7</b>	<b>-7,0</b>	<b>-8,5</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 12

**Haushaltsenergie und Kraftstoffe waren in Deutschland im Februar 2016 fast 9 Prozent billiger als ein Jahr zuvor – alle anderen Güter zusammen haben sich dagegen um knapp 1 Prozent verteuert.**

Bereits 2014 ist der Ölpreis auf Talfahrt gegangen (vgl. iwd 11/2016). Dies hat die Inflationsrate in Deutschland seit Anfang des Jahres 2015 im Durchschnitt jeden Monat um 0,9 Prozentpunkte nach unten gedrückt.

In jüngster Zeit tendierte der Preis für Rohöl aber auch immer mal

wieder nach oben. Wird daraus ein längerfristiger Trend, dann ziehen auch die Verbraucherpreise insgesamt wieder deutlicher an.

Schon heute herrscht keineswegs bei allen Preisen Stillstand: Für einige Güter müssen die Haushalte deutlich tiefer in die Tasche greifen als zum Jahresbeginn 2015. So kosteten Kartoffeln im Februar 2016 fast 28 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Ein Auto zu mieten, war gut 10 Prozent teurer und der Preis für einen PC stieg binnen Jahresfrist um 9 Prozent.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein

**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Presspiegel unter: pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.